

24.11.2015

## Antrag

der Fraktion der CDU

### **Terrorprävention stärken – Gesondertes digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen aufbauen**

#### **I. Ausgangslage:**

Am 13. November 2015 kam es in Paris zu menschenverachtenden und barbarischen Terror-Attacken. Bei den fast zeitgleichen Anschlägen der IS-Terroristen an mehreren Orten innerhalb der französischen Hauptstadt kamen mindestens 130 unschuldige Menschen ums Leben, etwa 350 Menschen wurden teils schwer verletzt. Diese Terror-Attentate stellen einen Angriff auf unsere europäische Wertegemeinschaft und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung dar.

Als schwerpunktmäßiger Rückzugsort des europäischen IS-Netzwerks wurde im Rahmen der aufwendigen Anti-Terror-Ermittlungen der Stadtteil Molenbeek in Brüssel im benachbarten Belgien identifiziert.

Dies hätte allerdings schon durch eine einfache Twitteranalyse festgestellt werden können (vgl. <http://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article148921595/Twitter-verraet-wo-sich-IS-Sympathisanten-verstecken.html>). Hinzu kommt: zumindest einer der Attentäter verfügte sogar über ein Facebook-Profil und gab dort Hinweise auf seine extremistische Überzeugung (vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/paris-attentaeter-in-belgien-vom-barbesitzer-zum-terrorist-a-1063139.html>). Wären diese Informationen im Vorfeld richtig analysiert worden, hätte die Terrorzelle möglicher Weise an der Ausführung der Attentate gehindert werden können. Dabei wäre es ein Leichtes für Facebook und Co., Fotos mit Waffen, verummten Menschen, IS-Fahnen usw. automatisch erkennen zu lassen und ebenso automatisch an eine zentrale Dienststelle zur weiteren Ermittlung bzw. Überprüfung weiterzuleiten. Eine automatische Erkennung von zu freizügigen Fotos funktioniert bei Facebook zumindest schon jetzt.

Datum des Originals: 24.11.2015/Ausgegeben: 24.11.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Zur Kommunikation bedienen sich der internationale Terrorismus im Allgemeinen und der IS im Speziellen auch Messenger-Diensten per App, u.a. dem Berliner Dienst „Telegram“ (vgl. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article148951950/Dschihadisten-lieben-eine-Berliner-App.html>). Dort sollen in einer entsprechenden Gruppe mit bis zu 15000 Followern von Sympathisanten und Terroristen selbst Propaganda, aber auch konkrete Anschlagpläne digital kommuniziert worden sein. Des Weiteren sollen die Attentäter im konkreten Fall der jüngsten Anschläge von Paris in mindestens einem Fall über eine digital vernetzte Spielekonsole (PlayStation 4) kommuniziert haben (vgl. [http://www.chip.de/news/PlayStation-4-als-Terror-Werkzeug-Kommunizieren-Terroristen-ueber-die-PS4\\_85687616.html](http://www.chip.de/news/PlayStation-4-als-Terror-Werkzeug-Kommunizieren-Terroristen-ueber-die-PS4_85687616.html)).

Zur eigenen Finanzierung bedient sich der IS anscheinend so genannter Bitcoins, die eine eigene digitale Währung darstellen. Insgesamt sind derzeit Bitcoins im Wert von rund \$5 Milliarden im Umlauf. Auch die Attentate von Paris sollen dadurch finanziert worden sein. Einige dieser digitalen Spuren lassen sich mit entsprechendem Know-how nachvollziehen und könnten so im Rahmen einer klassischen Zielfahndungsmethode Aufschluss über die Hintermänner und Finanziere des internationalen Terrorismus liefern.

Die Hackergruppe Anonymous hilft im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus bei der Identifizierung von IS-Profilen im Internet sowie von Bitcoin-Konten von Terroristen (vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/anonymous-wie-hacker-die-is-propaganda-ausschalten-wollen-a-1063067.html>). Aktuell soll ein Konto der Terroristen mit Bitcoins im Wert von etwa \$3 Millionen von Anonymous entdeckt worden sein.

Die Digitalisierung macht weder vor Kreis-, Landes- noch vor Staatsgrenzen Halt. Die Gefährdungslage ist auch in Nordrhein-Westfalen konstant hoch. Umso wichtiger ist zur Sicherung unserer freiheitlichen Lebensweise ein digitales Kompetenzzentrum zur Terrorabwehr, welches international mit befreundeten Behörden bei der Ermittlung und Vereitelung von terroristischen Anschlägen kooperiert und effiziente Handlungs- und Entscheidungsstrukturen aufweist.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

1. Terroristische Anschläge stellen einen nicht zu tolerierenden Angriff auf unsere westliche Wertegemeinschaft sowie auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung dar, die mit aller rechtsstaatlichen Härte verfolgt werden müssen.
2. Im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus steht Nordrhein-Westfalen an der Seite Frankreichs.
3. Terroristen nutzen für ihre Propaganda, die Rekrutierung neuer Mitglieder sowie die Koordinierung ihrer Anschläge vielfältige digitale Kommunikationskanäle. Die Behörden verfügen aktuell nicht über die notwendigen Mittel, sämtliche im digitalen Raum auffindbaren Spuren der Terroristen und ihrer Hintermänner aufzuspüren und effizient zu verarbeiten.
4. Dezentrale Strukturen bergen die Gefahr unklarer Zuständigkeiten sowie schlechten Kommunikationsflusses in sich.

**III. Der Landtag beschließt:**

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend ein gesondertes digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung des internationalen Terrorismus aufzubauen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, Druck auf die Anbieter digitaler Kommunikationskanäle auszuüben, damit deren digitale Kommunikationsangebote nicht zu terroristischen Zwecken missbraucht werden.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für die Schaffung eines rechtlichen Rahmens einzusetzen, der es ermöglicht, gewalt- und terrorverherrlichende Aktivitäten und die damit verbundenen Daten im digitalen Raum automatisch dem digitalen Kompetenzzentrum zur Terrorabwehr zu übermitteln, damit kurzfristig Ermittlungen aufgenommen werden können.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für eine nachhaltige Verbesserung des Informationsflusses von Hinweisen zu terroristischen Aktivitäten zwischen den internationalen Partnern und deren Behörden sowie Kompetenzzentren einzusetzen.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Peter Biesenbach  
Theo Kruse  
Robert Stein

und Fraktion